

Riesauer Tageblatt

Deutschlands
Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 50.
Sammel Nr. 51.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Vorlesungsorte
Dresden 1890.
Girofaz: Riesa Nr. 52.

Nr. 118.

Dienstag, 22. Mai 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen beauftragte Blatt.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ohlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Heerschau nach der Reichstagswahl.

Die Wahlschlacht und ihre Folgen.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Das Ergebnis des Wahlsonntages birgt, je klarer es hervortritt und je mehr man es in seinen Einzelheiten prüft, Überraschungen und Rückschlüsse verschiedenster Art, deren Erkenntnis für die politischen Schlässe, die man aus den Wahlen zu ziehen gedenkt, sehr bedeutungsvoll sind.

Der Gedanke der Großen Koalition von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei hat bereits unsichtbar über dem Wahlkampf geschwungen. Es ist ein Lieblingsgedanke auch des Reichsauswärtigen Ministers Dr. Stresemann, der früher einmal Kanzler dieser Koalition war und mit ihr den Kämpfen abgebaut hat. Diese Regierungsbündigung brach zusammen, als die Stabilisierung der Währung und der Verhältnisse zu bestimmten, für die Sozialdemokraten schwer tragbaren wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zwang. Die Wahlen liefern erkennen, daß die Reichstagswahlen eine erhebliche Verstärkung der Sozialdemokratie mit sich bringen würden und daß dadurch der Gedanke der Großen Koalition wieder in den Vordergrund treten würde, zumal die Sozialdemokratie sich in letzter Zeit deutlich angestellt hat, wieder verantwortlich an der Regierung teilzunehmen. Der über Erwartungen große Wahlerfolg der Sozialdemokratie und das starke Aufschwelen der Kommunisten hat nun die auf die Große Koalition hingezogenen Berechnungen in ihrem inneren Schwergewicht etwas erschüttert. Eine Große Koalition würde über eine Mehrheit von 307 gegen 189 Mandate verfügen. Die innere Gliederung dieser Koalition würde allerdings zwar nicht in der Außenpolitik aber in der Innenpolitik, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und am meisten in der Kulturpolitik starke Spannungen aufweisen, die allerdings bei sehr gutem Willen auf allen Seiten und bei Verzicht der Parteien auf Vorbringen besonderer Lieblingswünsche ertragen werden könnten. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich und angehend die Schwächung des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei mit Recht die Führung in der neuen Regierung verlangen und die Kanzlerschaft sowie vornehmlich auch das Innenministerium für sich beanspruchen. Es werden hierfür schon die Namen Otto Braun, Hermann Müller und Severing genannt. Inzwischen auch die stark eingewachsene Wirtschaftspartei, die innerlich nicht sehr einheitlich ist und politisch keine klare Linie hat, in eine Regierungsbildung mit einzubringen werden kann, ist heute noch nicht zu übersehen. Die Sozialdemokratie dürfte zunächst Neigung zeigen, die Große Koalition zu vermeiden und die Weimarer Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten zu bilden. Auch hierfür würden etwa 280 gegen 286 Mandate zur Verfügung stehen. Man weiß aber, daß das Zentrum dieser Koalition nicht sehr geneigt ist und die Volkspartei trotz der zu scharfen Auseinandersetzungen ausgearteten Gegnerschaft in der Schulfrage mit in die Koalition hinein haben möchte. Es ist anzunehmen, daß die Zentrumspartei, die hierin sicherlich auch von den Demokraten unterstützt werden wird, sich gegenüber den sozialdemokratischen Wünschen und Bedenken durchsetzen wird. Die Sozialdemokratie hat sowohl mit dem durch den Wahlausgang stark angewachsenen Gewaltbedürfnis ihrer Abhänger wie auch mit der sicherlich nicht sehr allgemeinen Opposition der Kommunisten zu kämpfen. Die Kommunisten haben schon im Wahlkampf selbst die Sozialdemokratie verbündet, daß sie die Früchte des von den breiten Massen erlängten Wahlerfolges den kapitalistischen Parteien in einer Großen Koalition aufplegen würden. Die Opposition der Kommunisten würde bei einer Bildung der Großen Koalition sicherlich sehr stürmisch und für die sozialistische Radikarpartei leicht lästig werden. Das ist die Rechtfertigung des unbestreitbaren Wahlerfolges der sozialistischen Gruppen.

Die nicht sozialistischen Parteien haben ein starkes Interesse daran, die unter den verschiedensten Stellungen und Bestrebungen abgesetzten Sondergruppen in der parlamentarischen Arbeit möglichst wieder an sich heranzuziehen. Dieses Bestreben liegt bei den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei gegenüber den Landbündnern, zum Teil auch gegenüber der Wirtschaftspartei vor. Auch die Demokraten werden der Wirtschaftspartei gegenüber, welche die Demokraten nunmehr um etwa 6 Sitze überflügelt hat, auf eine Unterstützung bestimmter gemeinsamer Befreiungsarbeiten hinarbeiten. Von der sogenannten völkischen Oppositiobbewegung ist nur die nationalsozialistische Gruppe unter der Führung Hitlers übrig geblieben und hat auch in Norddeutschland Boden gefehlt, während die norddeutsche Richtung Graece, die sich mit der antiklerikalen Gruppe Dörring zusammengeschlossen hatte, leer ausgegangen ist und damit wohl auch äußerlich für die Politik erledigt ist, auf deren Gestaltung sie seit längerer Zeit schon kaum einen Einfluss mehr hatte. Die von unten her ausgewachsene nat.-sozialistische Bewegung hat sich damit klarer erwiesen als die durch Abspaltung von den Deutschen Nationalen und Konservativen entstandene Richtung, die in letzter Zeit besonders scharf „gegen Rom“ eingestellt war und hiermit nicht den erwarteten Anhang in den Massen gefunden hat.

Technisch dürfte sich die Neugestaltung so vollziehen, daß die Reichsregierung nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses zurücktreten wird, sobald der Reichstag einberufen werden und die neue Regierungsbildung vom Reichspräsidenten in die Hand genommen werden kann. An eine Neubildung irgendwie in Anknüpfung an die bestehende Re-

gierungskoalition des vergangenen Reichstages wird angehoben des Wahlergebnisses selbstverständlich nirgendwo gedacht.

Die Feststellung des Wahlergebnisses im Reiche.

Wds. Berlin. Die Feststellung des Wahlergebnisses im Reiche durch den Reichswahlleiter ist auch diesmal wieder mit der größtmöglichen Beschleunigung erfolgt. Die Tätigkeit des Büros des Reichswahlleiters, insbesondere die überaus eifige Arbeit des Ministerialamtmanns Dohrmann müssen dankenswert vermehrt werden. Auch die Organisation der Pressestelle der Reichsregierung für die Weitergabe der einzelnen Wahlergebnisse an die Presse ist wiederum vorsätzlich gewesen, sodass die Pressevertreter ausdrücklich der Pressestelle ihren Dank ausgesprochen haben. Wenn diesmal die Feststellung des Wahlergebnisses ein wenig länger gedauert hat als in früheren Fällen, so lag die Ursache in der überaus großen Zahl der Parteien. Dazu kam in Berlin noch besonders, daß für die Stimmbürgschaft der Männer und Frauen für die Reichstagswahl verschiedene Stimmzettel ausgegeben waren und in vielen Wahlbezirken irrtümlicherweise sofort eine getrennte Abstimmung der Frauen- und Männerstimmen vorgenommen wurde. Die Anordnung der verschiedenen Stimmzettel für Männer und Frauen war aber lediglich erlaubt, um später Material für die statistische Berechnung des Frauenanteils an der Wahl zu gewinnen.

Als letzter Wahlkreis überstandene der Wahlkreis Potsdam I sein Stimmenergebnis dem Reichswahlleiter, und das ist daher gekommen, daß der Wahlbezirk Berlin-Reinickendorf erst am Montag vormittag seine Stimmenzählung fertigstellte. Daher ist es gekommen, daß in der amtlichen Mitteilung des vorläufigen gesamten Wahlergebnisses der Bezirk Berlin-Reinickendorf noch nicht mitgezählt worden ist. Es könnte sein, daß sich daraus noch eine kleine Verschiebung im Endergebnis ergibt.

Mandatsgewinne und -Verluste.

Die Deutschen Nationalen immer noch die zweitstärkste Fraktion.

Antrachten der Wirtschafts- und Bauernvertreter.

Wds. Berlin. Die Reichstagswahl hat im ganzen eine starke Vermehrung der Mandate der Linksparteien gebracht, insbesondere den Sozialdemokraten und Kommunisten, während die bürgerlichen Parteien bedeutende Verluste erlitten haben. Differenzmäßig den größten Gewinn hat die Kommunistische Partei mit einer Vermehrung ihrer bisherigen 30 Mandate auf 54 erzielt; danach folgen die Sozialdemokraten mit einem Anzuwachs von 21 Mandaten zu ihren bisherigen 131, sie ziehen also mit 152 Abgeordneten in den neuen Reichstag ein. Einen kleinen Gewinn von zwei Mandaten, von 21 auf 23 hat die Wirtschaftspartei erreicht.

Auf der Berlinseite sind die Leidtragenden in erster Linie die Deutschen Nationalen, deren Mandate sich um 37, nämlich von 110 auf 73 verringert haben. Dieser Verlust verkleinert sich jedoch, wenn man den Deutschen Nationalen die 8 Mandate der Deutschen Bauernpartei, 3 Mandate des Landbundes, 18 der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei und 2 der Sächsischen Landvolkspartei hinzurechnet; diese Mandate ergeben zusammen mit den Deutschen Nationalen 99 Abgeordnete. Das Zentrum hat von seinen bisherigen 68 Mandaten 6 verloren, die Deutsche Volkspartei von ihren 51 Mandaten 7, die Demokratische Partei von ihren 32 Mandaten 7, die Bärtige Volkspartei von 19 Mandaten 8, die Volksrechtspartei von 3 Mandaten 1. Von den Bölkischen Gruppen hat die Nationalsozialistische Arbeiterpartei zu ihren 7 Mandaten 5 neue gewonnen, während der Nationalsoziale Block seine sämtlichen 6 Mandate verloren hat. Ganz aus dem Reichstag scheiden auch die Linkskommunisten, die ihre 14 Mandate eingebüßt haben.

Die Wirkung der Splitterparteien.

Wds. Berlin. Bei der Reichstagswahl sind bekanntlich insgesamt 30 592 442 Stimmen abgegeben worden, sodaß die Gesamtzahl der Mandate 489 beträgt, gegenüber den 498 Mandaten des vorigen Reichstags. Die Zahl hat sich also um 4 Mandate verringert und dieses Unterergebnis widerspricht allen vorherigen Annahmen, da allgemein mit etwa 510 Mandaten gerechnet wurde. Die Ursache der Mandatsverminderung dürfte bei ungefähr gleich großer Zahl der abgegebenen Stimmen auf das Bestehen der zahlreichen Splitterparteien zurückzuführen sein; noch niemals ist so klar das Neben der Splitterparteien in die Erhebung getreten wie diesmal. Nicht weniger als

17 Parteien sind ganz ohne Mandat aus der Wahl hervorgegangen. Auf diese Splitterparteien entfallen rund 820 000 Stimmen, was einer Zahl von 13 Mandaten entspricht. Unter den Parteien ohne Mandat war die stärkste der völkisch-nationale Block mit 264 565 Stimmen, die kleinste in Westfalen aufgeteilte Partei, die als Rechts- und Mieterschutzbund nannte und ganze 2467 Stimmen auf sich vereinigte. Eine interessante Einzelheit ist ferner, daß die Partei der nationalen Minderheiten Deutschlands, die bei den vorherigen Reichstagswahlen noch mit 99 000 Stimmen vertreten war, diesmal auf 70 752 Stimmen zurückgegangen ist, offenbar weil ein großer Teil der nationalen Minderheiten seine Interessen in den anderen großen Parteien genügend vertreten sieht.

Die Möglichkeiten der Koalitionsbildung.

Wds. Berlin. Bei der Zahl von 489 Mandaten im neuen Reichstag beträgt die absolute Mehrheit 245, die Zweidrittel-Mehrheit, die für Verfassungsänderungen erforderlich ist, beträgt 326. Die Bürgerblockregierung des vorigen Reichstages beträgt im neuen Reichstag, selbst wenn man die Wirtschaftspartei vollkommen dazu rechnet, nur 244 Stimmen, hat also auf jeden Fall seine Mehrheit mehr. Auch die Weimarer Koalition, aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, erreicht mit 239 Stimmen nicht die Mehrheit. Dagegen hat die Große Koalition, also Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, eine sichere Mehrheit mit 283 Stimmen. Aber auch diese Koalition kann selbst dann, wenn man ihr noch die Bayerische Volkspartei mit 16 Stimmen und die Wirtschaftspartei mit 23 Stimmen hinzurechnen wollte, niemals die erforderliche Ziffer von 326 Stimmen für eine Zweidrittel-Mehrheit aufbringen; die entscheidende Opposition der Deutschen Nationalen, der Kommunisten und der Nationalsozialisten würde also, wenn man den Deutschen Nationalen auch die Bauernpartei, den Landbund, die völkisch-nationale Partei und die ländliche Landvolkspartei hinzurechnet, Verfassungsänderungen verhindern können, da diese Parteien zusammen mit 165 Stimmen 2 Stimmen über ein Drittel der Mandate haben, wobei die Volksrechtspartei aus der Berechnung ganz herausgelassen ist. Für diese Berechnung ist die volle Besetzung des Reichstags zu Grunde gelegt, das Verhältnis wird sich aber bei geringerer Besetzung im ganzen auch so verhalten, da bei Verfassungsänderungen die Anwendung von zwei Dritteln der Abgeordneten die Grundlage ist, von der aus die Zweidrittel-Mehrheit der Stimmenden berechnet wird.

Das Wahlergebnis in Preußen.

Wds. Berlin. Nach dem vom preußischen Landeswahlleiter festgestellten vorläufigen Ergebnis der Wahlen zum preußischen Landtag haben die bürgerlichen Parteien nicht unbeträchtliche Verluste erlitten, die Deutschen Nationalen verlieren 27 Mandate, die Deutsche Volkspartei 5, das Zentrum 12, die Demokraten 6, die Nationalsozialisten 5, die Deutsch-Hannoverser 1, die Polen 2. Dagegen haben die Sozialdemokraten 22 Sitze gewonnen, die Kommunisten 12, die Wirtschaftspartei 10; der völkisch-nationale Block mit 2 Mandaten, der völkisch-nationale Bauern- und Landbund mit 7 Mandaten und die Volksrechtspartei mit 2 Mandaten ziehen neu in den Landtag ein. Ebenso 3 Abgeordnete, die auf die Zentrumsliste Niedersachsens gewählt sind. Die Gesamtzahl der Abgeordneten des Landtags beträgt unverändert 450. Daraus ergibt die bisherige Weimarer Koalition über 229 Mandate, sie hat also eine glatte Mehrheit. Aus diesem Grunde verlaufen auch, daß die preußische Regierung keine Veranlassung habe, zurückzutreten, sie wird voraussichtlich im Amt bleiben.

Die Wahlen in den anderen Landtagen.

zeigen nach den bisherigen Meldungen dieselbe Tendenz nach links, wie die Wahlen im Reiche und in Preußen. In Oldenburg hat die Weimarer Koalition über die Koalition der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, die bisher bestanden, gestiegen. In Württemberg erhält die bisherige Regierungsmehrheit von Deutschen Nationalen, Bauernbund und Zentrum nur 27 Mandate gegenüber den 48 von 80 im bisherigen Landtag. Aus Bayern liegen erst Teilergebnisse vor.

Polen und die Reichstagswahlen.

Wachau. (Funkspruch.) Die Tatsache, daß Polen nicht nur kein Mandat für den Reichstag gewonnen, sondern auch die beiden, die sie bisher im preußischen Landtag inne hatten, verloren haben, hat hier einen niederrückenden Eindruck hervorgerufen. Umso mehr, als die polnische Presse erst mit gänzlich aus der Luft gegriffenen fantastischen Zahlen von 1½ Millionen Polen in Deutschland redete. Um den ungerechten Eindruck zu verwischen, wird versucht, die Niederlage der polnischen Liste einem angeblichen Wahlterror, der gegen die Minderheiten geherrscht haben soll, zugeschreiben.